

Generationengerechtigkeit neu denken – Für eine Politik der intergenerationellen Solidarität

Jugendverbände und Jugendringe sind Orte, an denen junge Menschen nicht bloß Zielgruppen von Entscheidungen sind, sondern gestaltende Akteur*innen im Hier und Jetzt – mit eigenen Perspektiven, Rechten und Interessen. In Jugendverbänden und Jugendringen übernehmen sie Verantwortung, organisieren sich selbst, treffen gemeinsame Entscheidungen und gestalten demokratische Strukturen aktiv mit. Viele Themen, mit denen sich Jugendverbände und Jugendringe seit Langem auseinandersetzen, kreisen um die Frage: Wie kann gesellschaftliches Zusammenleben so gestaltet werden, dass jetzige wie auch künftige Generationen ein gutes Leben führen können? Als Werkstätten der Demokratie, die den Interessen von Kindern und Jugendlichen eine Stimme in Richtung Politik verleihen und gleichsam selbstbestimmte Orte einer demokratischen Aushandlung dieser gemeinsamen Interessen, ist es unser Anspruch, als Jugendverbände und Jugendringe jugendpolitisch Verantwortung zu übernehmen. Diese Vertretung der Interessen junger Menschen wird auch im Achten Sozialgesetzbuch (§ 12 SGB VIII) als zentrale Aufgabe von Jugendverbänden beschrieben und so ist es unser Anspruch aktiv an gesellschaftspolitischen Diskursen mitzuwirken – im Sinne junger Menschen.

Vor diesem Hintergrund stellt es eine erhebliche Leerstelle dar, wenn gesellschaftliche und politische Debatten über das Verhältnis der Generationen geführt werden, ohne die Erfahrungen und Perspektiven der Jugendverbände einzubeziehen. Die Vielzahl der im DBJR organisierten Jugendverbände verfügt bereits über ein breites Spektrum demokratisch ausgehandelter Perspektiven darauf, was es für ein gutes Miteinander jetziger und künftiger Generationen braucht – etwa in Bezug auf Fiskal¹-, Klima²-, Migrations³- oder Rentenpolitik⁴. Als gelebte Praxis demokratischer Mitgestaltung junger Menschen sind Jugendverbände unverzichtbar für jede ernsthafte Auseinandersetzung darüber, wie gesellschaftliche Verantwortung in Gegenwart und Zukunft solidarisch und nachhaltig gestaltet werden kann.

Demografischer Wandel: Die Stimme junger Menschen droht unterzugehen

Deutschland durchlebt derzeit tiefgreifende demografische Veränderungen: Die Bevölkerung altert, die Lebenserwartung steigt, während zugleich die Zahl der jungen Menschen in Relation zur Gesamtbevölkerung sinkt. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt deutlich zu – laut Prognosen wird bis 2035 etwa jeder dritte Mensch in Deutschland 65 Jahre oder älter sein. Gleichzeitig geht die Geburtenrate zurück und die Erwerbsbevölkerung schrumpft. Dieser demografische Wandel hat weitreichende Folgen – nicht nur für Renten-, Pflege- und Gesundheitssysteme, sondern auch für politische Entscheidungsprozesse und das gesellschaftliche Zusammenleben insgesamt.

In einer Gesellschaft, in der ältere Bevölkerungsgruppen zahlenmäßig und bei Wahlen dominieren, bleiben die Interessen junger Menschen bei politischen Entscheidungen häufig unberücksichtigt. Da das Wahlrecht auf Bundesebene erst ab 18 Jahren gilt und somit eine große Bevölkerungsgruppe vom Wahlrecht gänzlich ausgeschlossen wird, orientieren sich politische Strategien und Maßnahmen oft primär an den Bedürfnissen und Erwartungen älterer Wähler*innengruppen. Dabei sind gerade junge Menschen von langfristigen politischen Weichenstellungen besonders betroffen. Vor diesem Hintergrund ist unter anderem die Absenkung des Wahlalters dringend geboten, um junge Menschen politisch sichtbarer zu machen und ihre Interessen angemessen zu vertreten.⁵

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass junge Menschen nicht homogen sind, sondern vielfältige Diskriminierungserfahrungen machen. Wer jung ist und zugleich struktureller Benachteiligung ausgesetzt ist – etwa durch rassistische Zuschreibungen, Klassismus, Sexismus, Ableismus oder Queerfeindlichkeit – erlebt eine spezifische Form intersektionaler Marginalisierung: Der Ausschluss aufgrund des Alters verschränkt sich mit weiteren gesellschaftlichen Abwertungen. Der DBJR setzt sich dafür ein, dass gerade auch die Perspektiven von mehrfach diskriminierten jungen Menschen in demokratischen Prozessen sichtbar werden.

Echte Beteiligung statt Scheinlösungen

Gleichzeitig braucht es institutionelle Beteiligungsrechte und verbindliche, nachhaltige Einflussmöglichkeiten, über das formale Wahlrecht hinaus. Dabei warnt der DBJR vor übereilem Aktionismus und oberflächlichen Scheinlösungen. Insbesondere Jugendbeteiligung auf Bundesebene ist ein komplexes und anspruchsvolles Vorhaben, das sorgfältige konzeptionelle Überlegungen erfordert. Bei der Entscheidung über den richtigen Beteiligungsprozess und das richtige Format gilt es viel zu beachten, um sich nicht der Gefahr von Scheinbeteiligung auszusetzen. So können Jugendbeiräte zumindest auf Bundesebene nicht ausreichend umfassend die Potenziale von wirksamer Jugendbeteiligung entfalten, denn eine Beteiligung einzelner junger Menschen ohne Verankerung in tragfähigen Strukturen und Rückbindemöglichkeiten bildet „die Jugend“ nicht in ihrer Vielfalt ab. Einer kleineren Zahl einzelner jungen Menschen in einem separierten Gremium eines Bundesministeriums einen Platz zu geben, eröffnet für die vielen Millionen weiteren jungen Menschen erst einmal keine aktive Mitwirkungsmöglichkeit und birgt im Gegenteil die Gefahr von institutionellen Abhängigkeiten.

Jugendbeteiligung auf Bundesebene gewinnt nur dann echte Legitimität, wenn die beteiligten Personen von jungen Menschen selbst demokratisch legitimiert sind und ihre Forderungen in demokratischen Verfahren ausgehandelt werden. Jugendparlamente oder vergleichbare Modelle können auf kommunaler Ebene sinnvoll sein, da dort Beteiligungsgegenstände konkreter sind, Entscheidungsmacht leichter übertragen werden kann und durch Wahlen oder Delegationsprinzipien eine breitere Vertretung möglich ist. Bundesweit sind politische Entscheidungsräume wesentlich abstrakter, wodurch Beteiligungsformate komplexer und anspruchsvoller sein müssen. Entscheidend ist, dass Jugendbeteiligung auf Bundesebene sich an den „Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung“ messen lässt und den Fokus konsequent bei jungen Menschen und ihren Selbstorganisationen behält – nicht bei den Bedarfen von Ministerien oder Parlament.

Wie „Generationengerechtigkeit“ als Begründung für politische Sparkurse herhalten muss

In der aktuellen politischen Debatte wird Generationengerechtigkeit zunehmend zu einem normativen Schlagwort, das vor allem dazu dient, bestimmte Politiken moralisch zu legitimieren – insbesondere im Bereich der Haushalts-, Finanz- und Rentenpolitik. Der Begriff wird dabei mit einem eng geführten ökonomischen Verständnis von Verantwortung gegenüber „zukünftigen Generationen“ verknüpft. In dieser Lesart bedeutet Generationengerechtigkeit vor allem: keine neuen Schulden, Sparbarkeit im Staatshaushalt, finanzielle Disziplin.

Diese Verwendung des Begriffs blendet zentrale Fragen eines guten intergenerationellen Miteinanders systematisch aus. Sie reduziert das Verhältnis zwischen den Generationen auf eine monetäre Logik und ignoriert dabei andere Dimensionen wie soziale Teilhabe, ökologische Nachhaltigkeit oder politische Mitbestimmung. Politisch schlägt sich diese Logik in der Forderung nach restriktiven Haushaltsregeln, Investitionszurückhaltung und Kürzungen bei öffentlichen Ausgaben nieder. Aufgrund

der oben genannten Logiken betrifft dies besonders Bereiche, die für junge Menschen von zentraler Bedeutung sind.

In der Rentenpolitik wird der Begriff Generationengerechtigkeit häufig genutzt, um Reformen mit dem Hinweis auf demografische Entwicklungen zu rechtfertigen. Der sogenannte „Generationenvertrag“ dient dabei oft als rhetorische Figur, um eine Politik zu stützen, die reale Leistungsversprechen einschränkt, Beiträge erhöht oder die Verantwortung in die individuelle Vorsorge verlagert. Statt ein solidarisches und zukunftsfestes Rentensystem zu diskutieren⁶, dominiert auch hier die fiskalische Perspektive.

Die Gegenüberstellung von alten und jungen Menschen verschleiert zudem, dass die realen Konflikte sich um wirtschaftliche Macht und politischen Einfluss drehen. Gerechtigkeit zwischen den Generationen bedeutet daher vor allem Umverteilung – nicht von jung zu alt oder umgekehrt, sondern vor allem zwischen Arm und Reich. Eine Politik, die ernsthaft an einem guten Zusammenleben der Generationen interessiert ist, muss deshalb die sozialen Verteilungsfragen in den Mittelpunkt stellen und Rahmenbedingungen schaffen, die sozial benachteiligte Menschen stärken, unabhängig von ihrem Alter.

Was sich hinter vielen politischen Diskursbeiträgen verbirgt, ist eine Verschiebung von Gerechtigkeitsfragen: weg von strukturellen Macht- und Verteilungsungleichheiten hin zu einer verkürzten Gegenüberstellung von (ökonomischen) Generationeninteressen. Narrative von „verantwortungsvoller Politik für die Jungen“ oder der „Schuld der Älteren an zukünftigen Lasten“ dienen dabei häufig als rhetorischer Hebel, um unpopuläre Sparmaßnahmen zu legitimieren. Andersherum wird oft mit Verweis auf eine „Anerkennung von Lebensleistung“ argumentiert. Diese Form der Argumentation tarnt politische Prioritätensetzung als moralische Notwendigkeit – und entzieht sie so einer demokratischen Aushandlung.

Ein echter Generationenvertrag entsteht nur auf Augenhöhe

Zugleich offenbart sich in der aktuellen Debatte ein fundamentales Demokratiedefizit. Die Interessen junger Menschen werden in politischen Diskussionen häufig nur dann berücksichtigt, wenn sie in bestehende politische Narrative passen oder zur Rechtfertigung bestimmter Agenden dienen. Dieses selektive Wahrnehmen führt dazu, dass Beteiligung junger Menschen selten als unverzichtbarer und selbstverständlicher Bestandteil demokratischer Prozesse anerkannt wird. Stattdessen wird sie oft auf freiwillige Beigaben, symbolische Gesten oder punktuelle Projekte reduziert.

Wenn Generationengerechtigkeit heute lediglich als Legitimation für politische Sparmaßnahmen und Kürzungen genutzt wird, ohne verbindliche Mitbestimmungsrechte zu verankern oder echte Beteiligungsräume zu schaffen, verkommt der Begriff zu einem Instrument zur Stabilisierung bestehender Machtstrukturen und zur Schaffung vermeintlicher fiskalischer Zwänge. Wer heute von einem Generationenvertrag spricht, muss diesen auf Augenhöhe gemeinsam mit jungen Menschen aushandeln und gestalten.

Dies gilt für alle Problemstellungen und Krisen, die unser Zusammenleben in diesem Land herausfordern. Es muss generationengerecht eine Resilienz gegenüber internen wie externen Gefahren entwickelt werden. Die Maxime in der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik müssen sich weiter an einer friedlichen Welt orientieren. Für uns ist es keine Lösung, junge Menschen zu einem Pflichtdienst

oder über finanzielle Anreize in einen "freiwilligen" Wehrdienst zu zwingen und ihnen eine Bringschuld gegenüber der Gesellschaft zu unterstellen. Damit wird ein Machtgefälle zementiert, in dem Erwachsene über die Lebenswege junger Menschen entscheiden, ohne selbst vergleichbare Verantwortung in der aktuellen Lage zu übernehmen. Statt über Zwangs- oder Pflichtdienste zu sprechen, braucht es eine Politik der Ermöglichung, die auf Freiwilligkeit baut. Echte Freiwilligkeit bedeutet, eine offene und aufgeklärte Debatte zu führen, um eine unbeeinflusste Entscheidung über einen Dienst bei der Bundeswehr treffen zu können.⁷ Die Schaffung gleichwertiger, gut ausgestatteter Freiwilligendienste nach der Vision 2030 ist unser Ziel⁸. Nur so kann eine demokratische Legitimation und damit Akzeptanz in der Gesamtheit der Bevölkerung entstehen, die den Herausforderungen des demografischen Wandels, zunehmender Armut und sozialer Ungleichheit sowie ökologischer Krisen gerecht wird und den Weg zu einer solidarischen, nachhaltigen und zukunftsfähigen Gesellschaft ebnet.

Der wahre Konflikt ist ein Macht- und Verteilungskonflikt

Der traditionelle Gedanke eines Generationenvertrags, wie er etwa in der Rentenversicherung angestrebt wird, beruht auf einem weitgehend solidarischen Umlageverfahren: Die heute Erwerbstätigen finanzieren die Renten der älteren Generation und erwerben gleichzeitig selbst Ansprüche für die Zukunft. Dieses System steht angesichts des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen, wird jedoch oft verkürzt als „nicht generationengerecht“ kritisiert. Dabei wird häufig ein vermeintlicher Konflikt zwischen den Generationen konstruiert – die Älteren gegen die Jüngeren.

Diese Sichtweise greift jedoch zu kurz. Gesellschaftliche Konfliktlinien verlaufen nicht primär zwischen Altersgruppen, sondern entlang tief verwurzelter sozialer Ungleichheiten und ökonomischer Machtverhältnisse. Strukturelle Benachteiligungen wie Armut, eine extreme Ungleichverteilung von Vermögen, prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse sowie systematische Ausbeutungsverhältnisse prägen den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und schränken Teilhabemöglichkeiten erheblich ein. Soziale Ungleichheiten sind tief verankert in sich überlagernden Herrschaftsverhältnissen wie Patriarchat, Rassismus, Klassismus, Adultismus oder Ableismus. Eine gerechte gesellschaftliche Gestaltung kann deshalb nicht an einer vermeintlichen Gegnerschaft zwischen Jung und Alt ansetzen. Sie erfordert vielmehr eine konsequente Umverteilung von Ressourcen und Macht – insbesondere durch tiefgreifende Veränderungen in Eigentums- und Vermögensverhältnissen⁹, Arbeitsbedingungen¹⁰, dem Zugang zu Bildung¹¹, Wohnraum¹², Gesundheitsversorgung¹³ sowie der demokratischen Gestaltung ökologischer Transformationsprozesse¹⁴.

Von Generationengerechtigkeit zu intergenerationeller Solidarität

Im Unterschied zum häufig normativ und eng gefassten Begriff der „Generationengerechtigkeit“, der sich vor allem auf Fragen der Verteilung von Ressourcen und Lasten zwischen Generationen konzentriert, plädiert der Bundesjugendring für einen umfassenderen und verbindenderen Begriff: intergenerationelle Solidarität.

Gerechtigkeit in diesem Kontext wird zumeist als Verpflichtung gegenüber anderen verstanden – sie folgt einem Prinzip von Ausgleich und Verantwortung, das häufig in rechtlich-institutionellen Kategorien gedacht wird. Generationengerechtigkeit operiert dabei vielfach mit dem Bild einer Waage: Was die heutige Generation verbraucht, muss zukünftigen Generationen in gleicher Weise zur Verfügung stehen.

Solidarität hingegen geht weiter: Sie ist nicht bloß Ausgleich, sondern ein aktives soziales Verhältnis. Intergenerationelle Solidarität meint die bewusste Entscheidung für ein wechselseitiges Miteinander der Generationen, das auf gegenseitigem Respekt, Anerkennung und aktiver Teilhabe beruht. Solidarität ist kein bloßer moralischer Imperativ, sondern ein politischer Gestaltungsanspruch: Sie verlangt Strukturen, die ermöglichen, dass sich unterschiedliche Generationen gegenseitig zuhören, voneinander lernen, sich unterstützen und gemeinsame Entscheidungen treffen und gemeinsam gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

Solidarität ist ihrem Wesen nach inklusiv. Sie richtet sich nicht nur an die abstrakten Kategorien „jung“ oder „alt“, sondern bezieht die gesamte gesellschaftliche Vielfalt mit ein. Das bedeutet, dass Solidarität auch migrationsgesellschaftlich gedacht werden muss. Menschen mit Migrationsgeschichte sind Teil jeder Generation und übernehmen Verantwortung in allen Bereichen des Gemeinwesens. Eine solidarische Haltung erkennt ihre Beiträge ausdrücklich an, stellt gemeinsame Verantwortung über rassistische Abwertungen und verweigert sich Spaltungsnarrativen, die Zugehörigkeit infrage stellen. Intergenerationelle Solidarität heißt daher nicht nur, Verantwortung zwischen Generationen zu teilen, sondern auch sicherzustellen, dass innerhalb der Generationen niemand durch rassistische Diskriminierung oder andere Formen struktureller Abwertung delegitimiert oder ausgeschlossen wird.

Solidarität heißt: Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Während Gerechtigkeit häufig im Rückblick auf erlittenes Unrecht oder mit Blick auf zukünftige Verpflichtungen diskutiert wird – etwa in Fragen wie „Wer hat was verloren?“ oder „Was müssen wir kommenden Generationen bewahren?“ – richtet sich Solidarität auf das gemeinsame Handeln in der Gegenwart, ohne die Auswirkungen von gegenwärtigem Handeln auf die Zukunft zu ignorieren. Sie ist dialogisch angelegt, weil sie die Vielfalt unterschiedlicher Lebensrealitäten und Erfahrungen anerkennt, ohne diese in Konkurrenz zueinander zu setzen. Solidarität sucht nicht den Ausgleich im Sinne von Abwägen und Aufrechnen, sondern beruht auf wechselseitigem Zuhören, Anerkennung und dem Willen zur Zusammenarbeit im Hier und Jetzt.

Der Bundesjugendring befürwortet daher eine Perspektive, die das Verbindende vor das Trennende stellt. Intergenerationelle Solidarität ist Ausdruck einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft, in der Generationen sich nicht als Anspruchsgruppen gegenüberstehen, sondern als Mitgestaltende eines gemeinsamen Jetzt und Morgen handeln.

Diese solidarische Haltung beinhaltet mehrere zentrale Dimensionen:

- **Verantwortung und Fürsorge über Altersgrenzen hinweg:** Eine solidarische Gesellschaft trägt Verantwortung für alle Altersgruppen und gestaltet soziale Sicherheit als gemeinschaftliche Aufgabe – nicht als Frage von Gegensätzen zwischen Jung und Alt, sondern im Sinne wechselseitiger Fürsorge und Verantwortung.
- **Gemeinsame Gestaltung von Zukunft:** Solidarität verpflichtet dazu, junge Menschen nicht als bloße Empfänger zukünftiger Leistungen zu betrachten, sondern als aktive Mitgestalter*innen politischer und sozialer Prozesse einzubinden. Nur so kann Demokratie zukunftsfähig sein.
- **Integration sozialer und ökologischer Gerechtigkeit:** Solidarität verbindet soziale Teilhabe und ökologische Nachhaltigkeit. Sie fordert eine Politik, die soziale Ungleichheiten abbaut

und gleichzeitig die ökologischen Grundlagen für ein gutes Leben für alle bewahrt- heute und in Zukunft.

- **Überwindung von Spaltungsnarrativen:** Intergenerationelle Solidarität richtet sich gegen einseitige Konfliktzuschreibungen zwischen „Jung“ und „Alt“. Stattdessen macht sie deutlich, dass soziale Ungleichheit und Machtverhältnisse, nicht das Alter, die Hauptursachen gesellschaftlicher Konflikte sind.

Intergenerationelle Solidarität fordert also ein solidarisches Miteinander, das Generationen nicht als Gegensätze, sondern als Verbündete versteht. Sie ist ein politisches Leitprinzip, das über bloße finanzielle Ausgleichsmechanismen hinausgeht und eine inklusive, demokratische und nachhaltige Gesellschaftsordnung ermöglicht. Nur durch eine solche solidarische Haltung kann eine echte Zukunftsperspektive entstehen, in der niemand zurückgelassen wird und alle Generationen ihre Chancen auf ein gutes Leben verwirklichen können.

¹<https://www.dbjr.de/artikel/forderungen-fuer-eine-jugend-und-generationengerechte-fiskalpolitik>

²<https://www.dbjr.de/artikel/sozial-und-oekologisch-gerecht>; <https://www.dbjr.de/artikel/junge-menschen-bewegen-eine-nachhaltige-mobilitaetswende-fuer-alle>

³<https://www.dbjr.de/artikel/migrationspolitik-ist-jugendpolitik>; <https://www.dbjr.de/artikel/leben-retten-seenotrettung-im-mittelmeer-sicherstellen-und-solidarische-fluechtendenpolitik-endlich-umsetzen>

⁴<https://www.dbjr.de/artikel/rente-ist-jugendthema-die-gesetzliche-rentenversicherung-solidarisch-weiterentwickeln>

⁵<https://www.dbjr.de/artikel/wahlalter-jetzt-senken>

⁶<https://www.dbjr.de/artikel/rente-ist-jugendthema-die-gesetzliche-rentenversicherung-solidarisch-weiterentwickeln>

⁷<https://www.dbjr.de/artikel/bundeswehr-und-schule>

⁸<https://www.rechtauffreiwilligendienst.de/>

⁹<https://www.dbjr.de/artikel/klassismus-entgegenwirken-teilhabe-aller-jungen-menschen-staerken>

¹⁰<https://www.dbjr.de/artikel/einfuehrung-einer-gesetzlichen-mindestausbildungsverguetung>; <https://www.dbjr.de/artikel/ausbildung-besser-machen>

¹¹<https://www.dbjr.de/artikel/bildung-ist-zukunft>

¹²<https://www.dbjr.de/artikel/mehr-guenstigen-wohnraum-fuer-junge-menschen>

¹³<https://www.dbjr.de/artikel/mentale-gesundheit-junger-menschen-in-krisenzeiten-staerken>

¹⁴<https://www.dbjr.de/artikel/sozial-und-oekologisch-gerecht>